

50 Jahre Pro Libertate sind nicht genug!

Jubiläumsansprache von Ami Bossard, Präsidentin Pro Libertate

Gründungszeit

In Ungarn war nach 1949 unter sowjetischer Besatzung ein schreckliches Terrorsystem eingeführt worden. Es kam zu Demonstrationen, denen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger anschlossen. Die von den Behörden eingesetzten Truppen verweigerten den Gehorsam und folgten den Aufständischen. Die kommunistische Partei zerfiel. Am 24. Oktober 1956 wurden aber angeblich auf einen Hilferuf der ungarischen Regierung sowjetische Truppen eingesetzt. Von diesem Augenblick an wurde die ungarische Revolution, die bereits gesiegt hatte, zu einem Freiheitskampf der ungarischen Nation gegen den kommunistischen Imperialismus. Dies war der Anlass, der einige Berner bewegte, die Vereinigung Pro Libertate – für die Freiheit – zu gründen. Menschen im sicheren Hafen der Schweiz fühlten sich verbunden mit den Menschen in der Unterdrückung. Pro Libertate ermahnte unsere Landsleute: Freiheit ist auch für uns nicht selbstverständlich; helft denen, die in Unfreiheit leiden, damit die Freiheit gedeiht. Die Ermahnungen waren ernst gemeint. Während rund dreissig Jahren engagierten sich die Mitglieder von Pro Libertate mit ehrenamtlicher Arbeit und unzähligen Spenden für die Freiheitsidee.

Schweiz

War zu Beginn das Geschehen ausserhalb der Schweiz im Mittelpunkt, musste unsere Aktivität zunehmend auf Entwicklungen ausgeweitet werden, die unsere eigene Freiheit bedrängten. Die Armee-Abschaffer reichten erfolgreich zwei Abschaffungsiniciativen ein. Die bürgerliche Gesellschaft und die Staatssäulen wurden von verummten Links-Chaoten ebenso angegriffen wie von „angesehenen“ Schriftstellern.

Nach dem „Fall der Mauer“ gehörte auch Pro Libertate zu den Kräften, die Recht behielten: Die Freiheit war erfolgreich gegen die Unfreiheit verteidigt worden.

Doch schnell rüttelte die Erkenntnis auf, dass im eigenen Land die Freiheit kein gemeinsamer Nenner mehr war. Freiheit mutierte zum Spielball

der politischen Kräfte, Freiheit gilt als selbstverständliches Recht einer Konsumgesellschaft. Pro Libertate blieb ihrem Auftrag treu und setzte sich für die Armee und Rüstungsprogramme ein, bekämpfte Anti-Waffenplatz-Initiativen; demonstrierte auf der Strasse für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Vorträge, Broschüren, Kleber und viele weitere Aktionen ermahnten das Stimmvolk – wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Im Vordergrund stand stets der Auftrag, die Freiheit zu schützen und auszubauen. So stellte sich Pro Libertate im Jahre 2003 hinter die Armee XXI, die gemäss Bundesverfassung nach dem Milizprinzip organisiert ist, zur Erhaltung des Friedens beiträgt und fähig ist das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen. In der armeetpolitischen Plattform stellten wir mit unserem „Ja zur Armee XXI“ folgende Forderungen auf:

- Eine nächste Armeereform ist kein Thema.
- Die Schweiz tritt der Nato, der Westeuropäischen Union und/oder anderen Verteidigungsbündnissen nicht bei.
- Der Auftrag Verteidigung und Raumsicherung ist Hauptaufgabe der Armee.
- Auslandseinsätze kommen nur im Rahmen der Gesetzgebung und unmittelbarer Interessen der Schweiz in Frage. Sie sind kein Hauptauftrag der Armee.
- Das Jahresbudget der Armee darf nicht unter 4 Milliarden Franken sinken.
- Die persönliche Armeewaffe und die Kriegsmunition werden weiterhin zu Hause bereitgehalten.

Dies ein Auszug unserer damaligen Forderungen, die nichts an Aktualität eingebüsst haben und auf die wir nach wie vor bestehen. Deswegen lehnen wir auch den Entwicklungsschritt 08/11 ab, denn mit der vorgesehenen Verringerung der Verteidigungskapazitäten stellt sich unweigerlich die Frage eines Bündnisbeitritts. Dies aber widerspricht fundamental unserer Unabhängigkeit und Neutralität.

Soziale Wohlfahrt

Eine weitere Belastung für unsere Freiheit ist der aktuelle Schuldenberg von Bund, Kantonen und Gemeinden. Er ist auf 247 Mrd. angewachsen. Pro Einwohner ergibt dies Fr. 33'000 Schulden. Auch die Staatsquote hat seit den 90er Jahren rasant zugenommen. Dies bedeutet, dass uns Bürgern stets weniger Geld zur freien Verfügung bleibt, was unsere Freiheit einschränkt. Unter dem Gleichheitsprimat wird unser System zu-

nehmend sozialistischer. Kinderkrippen und Tagesschulen sollen zukünftig die Stütze unseres Erziehungssystems sein. Dafür bezahlen wir höhere Steuern. Wenn ich jedoch eine private Lösung für die Betreuung meiner 4-jährigen Tochter anstrebe, so kann ich dies steuerlich nur abziehen, wenn ich die Betreuende als Arbeitnehmerin anmelde und Sozialbeiträge einzahle. Der Staat kassiert, lenkt und zerstört das Interesse an Eigenverantwortung und Initiative. Eine Untersuchung, welche in der Zeitschrift L'Hebdo zum Thema soziale Unterstützung aus der Westschweiz publiziert wurde, zeigt, dass sich oft das Arbeiten in der heutigen Zeit nicht mehr lohnt. Gezeigt wurde dies am Beispiel zweier Familien mit 3 studierenden Kindern. Die eine Familie hatte ein Bruttoeinkommen von Fr. 120'000, nach Abzug der Steuern blieb ihr zum Leben Fr. 110'000. Die andere Familie mit einem Bruttoeinkommen von Fr. 70'000 erhielt Fr. 50'000 Stipendien (nicht steuerpflichtig) und bezahlte noch 188 Franken für die Steuern. Ihr blieb Fr. 120'000 zum Leben. Solche Situationen sind nicht einmalig, sondern finden sich überall in unserem so sozialen System. Wenn hier keine Kursänderungen vorgenommen werden, so führt dies früher oder später zu einem Eklat. Es darf nicht sein, dass derjenige, den wir mit Steuergeldern unterstützen, mehr hat, als jener, der den Staat nicht belastet.

Die Rolle der Medien

Erstaunlich ist auch, dass solche Nachrichten kaum ein Medienecho erhalten, da sie einfach nicht der gängigen 68-er Ideologie entsprechen. Markus Somm, der stellvertretende Redaktor der Weltwoche hat uns an der Hauptversammlung zum Thema "Warum ist die Schweiz nicht mehr liberal? Die Rolle der Medien?" die Gründe für den linksliberalen Mainstream in der Medienlandschaft erläutert. Die einheitliche Denkweise erkenne man, wenn man den Journalisten folgende fünf Fragen stelle auf welche 95 % der Befragten die gleiche Antwort geben.

Frage 1: Soll die Schweiz der EU beitreten?

Die Antwort lautet „Ja“

Frage 2: Haben wir eine zu starke Einmischung des Staates?

Die Antwort ist „Nein“.

Frage 3: Wie sehen Sie Bundesrat Christoph Blocher?

„Problematisch“, lautet die Antwort.

Frage 4: Was halten Sie vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush?

„Grösstes Unglück“ wird geantwortet.

Frage 5: Wie sieht für Sie Familienförderung aus?

Antwort: „Wir benötigen Tagesschulen“.

Die „wandelnde Harmoniesucht“ der Journalisten, die von der 68-er Weltanschauung geprägt sind, führe zu einer Einheitspresse, zudem komme die wirtschaftlich motivierte Pressekonzentration dazu, die mithilfe, das liberale Gedankengut zu zerstören, analysiert Somm. Fazit daraus: Die Schweiz benötigt mehr Wettbewerb in der Medienbranche und unabhängige Verlagsanstalten, zudem muss das Monopol des Staatsfernsehens aufgebrochen und die staatlich finanzierte Propagandamaschinerie mit ihren Experten, die scheinbar eine objektive Wahrheit vertreten (Bsp. Thema Klimafrage) eingedämmt werden. Mit den PL-Mitteilungen setzt Pro Libertate ein Gegengewicht zum alltäglichen Mainstream der Medien.

Bergier-Ideologie

Ebenfalls wehrten wir uns gegen die Verunglimpfung und Denunzierung der Weltkriegsgeneration. Die Schweiz blieb vom Zweiten Weltkrieg verschont. Dafür müssen wir dankbar sein. Der Bund gab 22 Millionen für die Niederschrift des Bergier-Berichtes aus – eine Anklageschrift gegen das Schweizer Volk. Pro Libertate wehrte sich und fand in den Medien Beachtung. Mit den Broschüren: „Das Ende der J-Stempel-Saga“ von Dr. Max Keller, „Die Schweiz im 2. Weltkrieg“ von Treumund E. Itin, „Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933 – 1945“ von Dr. Alfred Cattani sowie „Paul Grüniger; Held oder korrupter Polizist und Nazi-Agent“ von Shraga Elam setzte Pro Libertate ein Zeichen gegen die Diffamierung der Schweiz.

Neuerdings hält die Bergierideologie auch Einzug in den Schulen. Das neue Lehrmittel des Kantons Zürich „Hinschauen und Nachfragen“ ist ein weiterer Auswuchs davon. Mittels Teil- und Halbwahrheiten sowie mittels einseitiger Fragestellung will man moralisierend vorgeben, wie man diese Zeit zu verstehen habe. Pro Libertate wird weiterhin gegen eine ideologische Geschichtsschreibung kämpfen.

Demokratie

Eine weitere Baustelle, bei der sich Pro Libertate engagieren muss, ist unsere Demokratie. Durch den zunehmenden Fusionstrend auf Gemeindeebene ist sie gefährdet. Unter Vorspiegelung von Kosteneinsparungen und übergeordneten Aufgaben schaltet man den Bürger langsam aus. Zentralistisch versucht man alles zu regeln, gleich zu schalten und ver-

gält dem Bürger das Interesse. Dabei ist doch gerade der Föderalismus, welcher dezentrale und individuelle Lösungen ermöglicht, die Stärke der Schweiz. Eine Verwaltung, die der Bürger kennt und kontrollieren kann, ist effizienter.

Doch nicht nur auf Gemeindeebene auch auf nationaler Ebene werden wir Bürger unserer Rechte teilweise entledigt, beispielsweise wenn wir nicht mehr mitbestimmen können, wen wir einbürgern wollen, oder wenn die Bundesverwaltung die Abstimmungskampagnen führt und Bundesräte Abstimmungssiege feiern.

Nach wie vor ist der EU-Beitritt nicht vom Tisch, obschon wir bei einem EU-Beitritt unser System grundsätzlich umbauen müssten. Meine lernenden Gastronomiefachassistentinnen können bei einem Vergleich zwischen dem Regierungssystem der EU und dem Regierungssystem der Schweiz selbstständig feststellen, dass die Volksrechte bei einem EU-Beitritt verringert würden. Der abtretende Bundesrat Joseph Deiss, weitere Bundesräte und Politiker sehen jedoch die Zukunft der Schweiz nur bei einem EU-Beitritt.

Ein EU-Beitritt hätte nicht nur Konsequenzen für unser politisches System, sondern auch auf unsere Wirtschaft. Professor Dr. Franz Jaeger wird uns anschliessend zum Thema: „Die schweizerische Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht“ referieren.

Liebe Anwesende, auch wenn wir in den Medien, welche diese Woche über unser Jubiläum berichteten, als bedeutungslos eingestuft werden, führen wir unseren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde unbeirrbar weiter. Allein schon Ihre Anwesenheit zeigt, dass Pro Liberte nicht bedeutungslos ist. 50 Jahre sind nicht genug, es gibt viel zu tun - packen wir es an!

Schliessen möchte ich mit den Schlussgedanken von Dr. Sigmund Widmer in der Broschüre: „Die Schweiz- ein eigenwilliges Land“:

„Eindeutig bleibt, dass die Schweiz immer dann in Schwierigkeiten geriet, wenn sie auf eine eigene Position verzichtete und sich brav bemühte möglichst gehorsam die in der Umwelt herrschenden Anschauungen zu befolgen. Dieses Gebot sich eigenwillig zu verhalten schloss naturgemäss die Existenz von Persönlichkeiten ein, die mit neuen Ideen, mit originellen Vorschlägen an die Weltöffentlichkeit traten. Es sei etwa an Henry Dunant erinnert, den Begründer des Roten Kreuzes.“

Das Ansehen des kleinen Landes beruht nicht zuletzt auf Freiheit, welche die Schweiz den Schöpfern solcher Ideen gewährt. Ebenso klar ist leider auch, dass die Meisten der zur Zeit in Bern herrschenden Kräfte sich bemühen, möglichst unauffällig im internationalen Alltag mitzuschwimmen, und jede eigenwillige Position zu vermeiden pflegen. Dem entsprechenden folgsamen Mitmachen in der UNO, der formell von der Landesregierung beschlossene Beitritt zur EU sowie die pausenlose Reisetätigkeiten von Bundesräten wie von Parlamentariern, ohne dass sich die geringste positive Wirkung feststellen liesse.“

Präsidentin Ami Bossard, 24. Juni 2006